Kanton Zürich
Gesundheitsdirektion
Natalie Rickli, Vorsteherin
Stampfenbachstrasse 30
8090 Zürich
Per E-Mail an afg@gd.zh.ch

Zürich, 21.10.2026/fs

Stellungnahme der SP Kanton Zürich zur Teilrevision des Pflegegesetzes (Arbeitsbedingungen in der Pflege) – Umsetzung der Motion KR-Nr. 78/2022 betreffend «Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich»

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Kanton Zürich bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Teilrevision des Pflegegesetzes (Arbeitsbedingungen in der Pflege) – Umsetzung der Motion KR-Nr. 78/2022 betreffend «Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich».

Die SP erachtet den vorliegenden Vorentwurf aus folgenden Gründen als ungenügend:

1. Eine reine «Kann»-Formulierung im Pflegegesetz sowie der Hinweis, dass der Regierungsrat gemäss § 7 Abs. 1 lit. c des SPFG Anforderung bez. Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals ausführen kann, wird den Forderungen in der Motion 78/2022 «Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich» nicht gerecht. Die SP fordert, dass konkrete gesetzliche Grundlagen gemäss Punkt 3 geschaffen werden. Zudem erachtet die SP die Aufteilung einer entsprechenden Gesetzesgrundlage auf zwei verschieden Gesetzgebungen, namentlich auf das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) und das Pflegegesetz, als nicht zielführend, da es keine einheitliche Regelung für das gesamte Pflegefachpersonal im Kanton Zürich garantiert.

2. Entgegen der im Kantonsrat überwiesenen Motion «Stopp Pflexit» verzögert der Regierungsrat griffige kantonale Massnahmen bis zum Abschluss der Bundesgesetzgebung, obwohl der Rahmen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit der Botschaft des Bundesrats vom Mai 2025 längst gegeben ist.

3. Der Bund hat die Kantone mehrmals aufgefordert, bereits vor dem Beschluss des Bundesparlaments zur Pflegeinitiative, 2. Teil, das kantonale Recht in diesem Sinne anzupassen. Da die Festlegung der Personalausstattung ohnehin in die Zuständigkeit der Kantone fallen wird, muss der Kanton Zürich jetzt gesetzliche Mindeststandards definieren, damit die Versorgungssicherheit heute und in Zukunft sichergestellt wird.

Um den fortschreitenden Fachkräftemangel in der Pflege zu bremsen, braucht es per sofort verbindliche kantonale Vorgaben statt einer reinen, unverbindlichen Kompetenznorm.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich

Michèle Dünki-Bättig
Co-Präsidentin

Jean-Daniel Strub
Co-Präsident